

Kampf der Genitalverstümmelung im Nordirak

Human Rights Watch fordert einen Aktionsplan der Regierung in Kirkuk

iro. Bagdad · Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat von der kurdischen Regionalregierung im Nordirak die Ächtung der weiblichen Genitalverstümmelung gefordert. Laut einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht ist die grausame Praxis in Kurdistan so weit verbreitet, dass viele Frauen ein Leben lang körperlich und psychisch gezeichnet sind.

Lebenslange Folgen

Bis heute ist die Beschneidung von Frauen in mindestens 28 Ländern an der Tagesordnung, allen voran am Horn von Afrika, im Sahel-Gebiet sowie in Westasien und in Teilen Südostasiens. Im Nahen Osten ist sie besonders in Ägypten und in Jemen üblich. Wie in Kurdistan werden den Frauen in den meisten Fällen die Klitoris und häufig auch die inneren Schamlippen abgetrennt. In der Regel findet der Eingriff im Alter zwischen fünf und zwölf Jahren statt, und oft erfahren die Mädchen nicht, welche Tortur sie erwartet. Infektionen durch den Einsatz von unsterilen Messern, Komplikationen beim Gebären, Schmerzen beim Geschlechtsverkehr wie überhaupt der Verlust der Sexuali-

tät seien die Folgen, heisst es in dem HRW-Bericht («They Took Me and Told Me Nothing»).

Folgt man dem Bericht, ist das Ausmass der weiblichen Genitalverstümmelung in Kurdistan erschreckend. Eine Erhebung des regionalen Menschenrechtsministeriums kam im vergangenen Jahr zu dem Ergebnis, dass fast 41 Prozent der Frauen im Landkreis Khamkhamal zwischen Suleimaniya und Kirkuk verstümmelt wurden. Noch drastischer ist der Befund der deutschen Hilfsorganisation Wadi, die seit 17 Jahren in der Region tätig ist. Laut einer Studie von Wadi in den Provinzen Erbil, Suleimaniya und Kirkuk liegt die Rate bei durchschnittlich über 70 Prozent. Betroffen sind insbesondere die ländlichen Gebiete, wo die Frauen weniger Zugang zu Bildung haben.

Stadt-Land-Gegensatz

Unklar ist, wie verbreitet die Praxis im Zentral- und Südirak ist. Frauenorganisationen gehen jedoch davon aus, dass sie in den arabischen Gebieten weitgehend eliminiert ist. «Wir stossen bei unseren Befragungen nur auf Einzelfälle», sagte Hana Edwar von der Orga-

nisation Amal im Gespräch. Edwar, eine der bekanntesten Aktivistinnen im Irak, führt dies auf die Modernisierungskampagne des irakischen Regimes in den siebziger Jahren zurück. Die kurdische Regierung habe in den letzten Jahren zwar etliche Massnahmen zur Verbesserung der Rechte von Frauen ergriffen, sagte Edwar. Aber sie habe es versäumt, diese auch durchzusetzen.

Nicht beachtete Frauenrechte

Ähnlich sieht es die kurdische Politikerin Pakhshan Zangana. Als Abgeordnete hat sie vor zwei Jahren im kurdischen Regionalparlament ein Gesetz zum Verbot der Genitalverstümmelung eingebracht. Doch der Vorstoss scheiterte. Zu heikel ist das Thema. «Wie so oft, wenn es um Frauenrechte geht, wurde es auf dem Altar der Politik geopfert», sagte Zangana im Gespräch. Sie hofft, dass das Gesetz dennoch im Rahmen einer Initiative gegen häusliche Gewalt verabschiedet wird. Neben einem Verbot der Genitalverstümmelung forderte Nadya Khalife von HRW von der Regionalregierung eine Aufklärungskampagne. Denn von alleine ver-schwinde die gefährliche Praxis nicht.